

Vergleichende Politikwissenschaft

Sebastian Stier

Internet und Regimetyt

Netzpolitik und politische
Online-Kommunikation
in Autokratien und Demokratien



Springer VS

Vergleichende Politikwissenschaft

Herausgeber/innen

Steffen Kailitz, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden,
Deutschland

Susanne Pickel, Universität Duisburg-Essen, Duisburg, Deutschland

Claudia Wiesner, University of Jyväskylä, Jyväskylä, Finland

Die Schriftenreihe „Vergleichende Politikwissenschaft“ wird im Auftrag der gleichnamigen Sektion der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft durch Steffen Kailitz, Susanne Pickel und Claudia Wiesner herausgegeben. Ziel der Reihe ist es, Themen, Fragestellungen, Inhalte, Konzepte und Methoden politikwissenschaftlicher vergleichender Forschung und Lehre in ihrer ganzen Breite zu diskutieren. Die Reihe nimmt nach einem Begutachtungsverfahren hervorragende Arbeiten aus allen theoretischen und methodischen Richtungen der Vergleichenden Politikwissenschaft auf.

Die Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ ist eine der größten und ältesten Sektionen der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW). Der Bereich der Vergleichenden Politikwissenschaft (Comparative Politics) deckt von der Vergleichenden Regierungslehre bzw. dem Vergleich politischer Systeme über die Vergleichende Demokratie-, Autokratie-, Transformations- und Demokratisierungsforschung sowie die vergleichende Forschung zu Parteien und Interessenverbänden bis hin zur Vergleichenden Policy- und Wohlfahrtsstaatsforschung ein sehr breites Feld ab. Die Vergleichende Politikwissenschaft ist dabei in der inhaltlichen, geographischen und methodischen Ausrichtung (qualitative und quantitative Methoden) per se pluralistisch angelegt.

Die Schriftenreihe „Vergleichende Politikwissenschaft“ bietet entsprechend der Ausrichtung und den Zielen der Sektion ein Forum für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich in Forschung und Lehre mit Themen und Fragestellungen aller Teilbereiche der Vergleichenden Politikwissenschaft befassen. Die Reihe steht damit explizit Beiträgen aus allen theoretischen und methodischen Zugängen der Vergleichenden Politikwissenschaft offen, und es sind sowohl theoretisch und/oder konzeptionell, empirisch und auch methodisch ausgerichtete Schriften willkommen. Entsprechend der Internationalität der Vergleichenden Politikwissenschaft versteht sie sich auch als ein internationales Forum des wissenschaftlichen Diskurses. In der Reihe erscheinen deutsch- wie englischsprachige Bänder.

Die Qualität der Beiträge der Sektionsreihe wird durch den Herausgeberkreis sowie einen wissenschaftlichen Beirat gesichert. Ihm dankt der Herausgeberkreis für seine engagierte Arbeit.

Dem wissenschaftlichen Beirat gehören an:

Dirk Berg-Schlösser (Philipps-Universität Marburg),
Patrick Bernhagen (Universität Stuttgart),
Claudia Derichs (Philipps-Universität Marburg),
Rolf Frankenberger (Universität Tübingen),
Michael Hein (Humboldt-Universität zu Berlin),
Niilo Kauppi (University of Jyväskylä),
Marianne Kneuer (Universität Hildesheim),
Michèle Knodt (Technische Universität Darmstadt),
Sabine Kropp (Freie Universität Berlin),
Ina Kubbe (Leuphana Universität Lüneburg),
Hans-Joachim Lauth (Universität Würzburg),
Anja Mihr (The Hague Institute for Global Justice),
Clara Portela (Singapore Management University),
Svend-Erik Skaaning (Universität Aarhus),
Toralf Stark (Universität Duisburg-Essen),
Brigitte Weiffen (Universidade de São Paulo),
Stefan Wurster (Universität Heidelberg).

Weitere Bände in dieser Reihe <http://www.springer.com/series/13436>

Sebastian Stier

Internet und Regimetyyp

Netzpolitik und politische
Online-Kommunikation
in Autokratien und Demokratien

Sebastian Stier
Köln, Deutschland

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2016

Vergleichende Politikwissenschaft
ISBN 978-3-658-17206-0 ISBN 978-3-658-17207-7 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-17207-7

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Dezember 2015 von der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Die Arbeit entstand im Rahmen des Promotionskollegs „Politikperformanz autokratischer und demokratischer Regime“ am Institut für Politische Wissenschaft (IPW), mit dem der Erhalt eines Stipendiums der Landesgraduiertenförderung verbunden war. Für die finanzielle Unterstützung bedanke ich mich beim Land Baden-Württemberg und der Graduiertenakademie der Universität Heidelberg.

Während meiner Promotionszeit hatte ich das Glück, in das lebendige wissenschaftliche Umfeld am IPW Heidelberg integriert zu sein. Ein ganz besonderer Dank gebührt meinem Doktorvater Manfred G. Schmidt für seine hervorragende Betreuung. Ebenso danke ich Dieter Roth für seine Förderung und Unterstützung. Das Promotionskolleg war ein zentrales Forum, von dem die inhaltliche Konzeption und Weiterentwicklung der Arbeit sowie deren methodische Fundierung enorm profitiert hat. Ich danke Stefan Wurster und Sebastian Harnisch für die intensive Betreuung und meinen Mitstipendiaten Ance Kaleja, Marius Melzer, Sophie Panel, Josie-Marie Perkuhn und Christoph Trinn für die schöne Zeit und den wissenschaftlichen Austausch. Ich möchte auch dem ganzen Professorenkollegium des IPW danken, das in die Betreuung des Kollegs involviert war. Christian Göbel danke ich für die Übernahme des Zweitgutachtens, Aurel Croissant und Helmut Anheier für ihre Rolle als Prüfer in der Disputation. Steffen Kailitz, Susanne Pickel und Claudia Wiesner danke ich für die Aufnahme der Dissertation in die Reihe „Vergleichende Politikwissenschaft“.

Des Weiteren danke ich Felix Hörisch für hilfreiche Ratschläge und Diskussionen, Ingeborg Zimmermann und Barbara Neef für die administrative Unterstützung, sowie allen Teilnehmern des Kolloquiums von Manfred G. Schmidt. Als große Bereicherung hat sich die Netzpolitik AG am IPW erwiesen, in deren Rahmen ich seit ihrer Mitbegründung im Jahr 2014 fruchtbare wissenschaftliche

Diskussionen, intensive Campus Bergheim-Sessions und Veranstaltungen wie die Ringvorlesung „Wer regiert das Internet“ erleben durfte. In diesem Zusammenhang gilt mein Dank insbesondere Wolf J. Schünemann, Stefan Artmann und Stefan Steiger. Bei Wolf Schünemann und Martin Lentzen bedanke ich mich zudem für das Korrekturlesen der Dissertation.

Teile der Arbeit sind englischsprachig in den Fachzeitschriften *Government Information Quarterly* und *Telecommunications Policy* erschienen und wurden bei der ECPR General Conference und der MPSA Annual Conference präsentiert. Die hilfreichen Kommentare der Reviewer und Konferenzteilnehmer kamen der Qualität der Dissertation zugute. Bei der Erstellung der empirischen Datenbasis der Arbeit profitierte ich von der Hilfe von Hania Farhan von der World Wide Web Foundation, die mir die Daten des Web Index 2013 zukommen ließ. Ich möchte zudem den Lehrenden und Teilnehmern der ECPR Summer School 2012 für die methodische Fortbildung und spannende Zeit in Ljubljana danken.

Schließlich danke ich meinen Eltern und meiner Schwester für ihre Unterstützung während meiner Studien- und Promotionszeit. Ganz besonderer Dank gilt Anna, die viele zeitliche Entbehrungen geduldig hingenommen hat.

Frankfurt, im Dezember 2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Abbildungsverzeichnis.....	XI
Tabellenverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis.....	XV
I. Politik und Internet.....	1
1. Einleitung	1
1.1. Fokus und Fragestellung.....	5
1.2. Aufbau der Arbeit.....	10
2. Theorie	13
2.1. Forschungsstand	13
2.2. Konzeptualisierung.....	23
2.2.1. Empirisch orientierter Ansatz	24
2.2.2. Operationalisierung politischer Online-Kommunikation.....	27
2.2.3. Kausalmodell	31
2.2.4. Grenzen des Forschungsdesigns	36
2.3. Theoretische Fundierung	40
2.3.1. Politökonomische Ansätze.....	41
2.3.1.1. Regimotyp und die Produktion öffentlicher Güter... ..	43
2.3.1.2. Politisches Signaling.....	46
2.3.2. Autoritäre Deliberation	49
2.3.3. Institutionalistische Ansätze	52
2.4. Regimotyp und Internet	60

2.4.1.	Regimetyyp und Netzpolitik	63
2.4.2.	Regimetyyp und politische Online-Kommunikation	72
2.4.2.1.	E-Government.....	73
2.4.2.2.	E-Campaigning	76
2.4.2.3.	E-Activism	79
2.4.3.	Zusammenfassung der Erwartungen.....	82
3.	Forschungsdesign	85
3.1.	Geltungsbereich der Studie.....	86
3.2.	Variablen und Operationalisierungen	92
3.2.1.	Abhängige Variablen	92
3.2.2.	Unabhängige Variable	95
3.2.3.	Kontrollvariablen	100
3.3.	Methoden.....	104
II.	Netzpolitik.....	113
4.	Internetzugang.....	113
4.1.	Forschungsstand	113
4.2.	Theoretische Erwartungen.....	117
4.3.	Daten	122
4.4.	Ergebnisse und Diskussion.....	125
4.4.1.	Regressionsmodelle Internetzugang 2013.....	125
4.4.2.	Regressionsmodelle Internetzugang 1996-2013	129
4.5.	Zwischenfazit	135
5.	Internetfreiheit.....	139
5.1.	Forschungsstand	140
5.2.	Theoretische Erwartungen.....	144
5.3.	Daten	147

5.4.	Ergebnisse und Diskussion.....	150
5.5.	Zwischenfazit	156
III.	Politische Online-Kommunikation.....	159
6.	E-Government	159
6.1.	Forschungsstand	160
6.2.	Theoretische Erwartungen.....	162
6.3.	Daten	167
6.4.	Ergebnisse und Diskussion.....	170
6.4.1.	Regressionsmodelle E-Government 2013.....	170
6.4.2.	Regressionsmodelle E-Government 2002-2013	174
6.5.	Zwischenfazit	180
7.	E-Campaigning	183
7.1.	Forschungsstand	183
7.2.	Theoretische Erwartungen.....	187
7.3.	Daten	192
7.4.	Ergebnisse und Diskussion.....	195
7.5.	Zwischenfazit	201
8.	E-Activism	205
8.1.	Forschungsstand	205
8.2.	Theoretische Erwartungen.....	209
8.3.	Daten	213
8.4.	Ergebnisse und Diskussion.....	216
8.5.	Zwischenfazit	222
IV.	Bilanz	225
9.	Fazit.....	225
9.1.	Ergebnisse	225

9.2.	Beiträge der Arbeit	233
9.3.	Limitationen und Anschlussforschung	236
9.4.	Ausblick.....	240
Anhang.....		243
Literaturverzeichnis		267

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.1: Internetzugang und Regimotyp (1996-2013).....	4
Abbildung 2.1: Zyklen in der Debatte „Politik und Internet“	16
Abbildung 2.2: Kausalmodell	33
Abbildung 2.3: Regimotyp, Parlamentswahlen und Fragmentierung im Parlament	58
Abbildung 2.4: Das Internet-Innovationsdilemma in Autokratien.....	66
Abbildung 2.5: Adressierung des Internet-Innovationsdilemmas in Autokratien	70
Abbildung 3.1: Vergleich der Regimotypen in den Untersuchungssamples.....	89
Abbildung 3.2: Politik und Internet in Autokratien und Demokratien (2013)....	94
Abbildung 4.1: Technologische Adoption und Regimotyp.....	121
Abbildung 4.2: Internetzugang (2013).....	123
Abbildung 4.3: Ressourcen und Internetzugang (2013)	129
Abbildung 4.4: Regimotyp und Internetzugang bivariat (1996-2012).....	130
Abbildung 4.5: Regimotyp und Internetzugang im Zeitverlauf (1996-2013) ...	131
Abbildung 5.1: Internetfreiheit (2013).....	149
Abbildung 5.2: Effekt des Internetzugangs auf die Internetfreiheit (2013)	154
Abbildung 6.1: E-Government im Nahen und Mittleren Osten (2003-2013) ...	164
Abbildung 6.2: E-Government (2013).....	169
Abbildung 6.3: Effekt des Internetzugangs auf E-Government (2013)	174
Abbildung 6.4: Regimotyp und E-Government im Zeitverlauf (2002-2013)....	177
Abbildung 7.1: Regimotyp und E-Campaigning (2013).....	189
Abbildung 7.2: E-Campaigning (2013)	194
Abbildung 7.3: Effekt des Internetzugangs auf E-Campaigning (2013).....	200
Abbildung 8.1: Regimotyp und E-Activism (2013).....	213
Abbildung 8.2: E-Activism (2013)	215
Abbildung 8.3: Effekt des Internetzugangs auf E-Activism (2013).....	222
Abbildung 9.1: Ergebnisse der Regressionsanalysen.....	227

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1.1: Dimensionen von Politik und Internet	6
Tabelle 2.1: Konzeptualisierung und Operationalisierung.....	26
Tabelle 2.2: Hypothesen zum Einfluss des Regimetyps	82
Tabelle 3.1: Vergleich der Strukturvariablen in den Untersuchungssamples	90
Tabelle 4.1: Determinanten Internetzugang (2013)	126
Tabelle 5.1: Dimensionen Internetfreiheit	148
Tabelle 5.2: Determinanten Internetfreiheit (2013, Web Index).....	151
Tabelle 5.3: Determinanten Internetfreiheit (2013, Freedom House)	155
Tabelle 6.1: Determinanten E-Government (2013)	172
Tabelle 6.2: Determinanten E-Government (2002-2013)	175
Tabelle 7.1: Dimensionen E-Campaigning	193
Tabelle 7.2: Determinanten E-Campaigning (2013).....	196
Tabelle 7.3: Determinanten E-Campaigning (2013), Fortsetzung	198
Tabelle 8.1: Dimensionen E-Activism.....	214
Tabelle 8.2: Determinanten E-Activism (2013).....	217
Tabelle 8.3: Determinanten E-Activism (2013), Fortsetzung	219
Tabelle 9.1: Ergebnistabelle netzpolitische Variablen und Kontrollvariablen.....	231

Abkürzungsverzeichnis

AKP: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung

CSO: Civil Society Organization

DDoS: Distributed Denial of Service-Angriff

DPI: Database of Political Institutions

EU: Europäische Union

GCHQ: Government Communications Headquarters

IANA: Internet Assigned Numbers Authority

ICANN: Internet Corporation for Assigned Names and Numbers

IGF: Internet Governance Forum

IKT: Informations- und Kommunikationstechnologien

ITU: Internationale Fernmeldeunion

NGO: Nichtregierungsorganisation

NSA: National Security Agency

OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

OLS: Ordinary Least Squares

PAP: People's Action Party

UDS: Unified Democracy Scores

UN: Vereinte Nationen

UN Index: UN Online Service Index

VIF: Variance Inflation Factor

WDI: World Development Indicators

WGI: Worldwide Governance Indicators

WI-Sample: Web Index-Sample

I. Politik und Internet

1. Einleitung

„Whether we can cope with the Internet is a matter that affects the development of socialist culture, the security of information, and the stability of the state. [...] We should spread more information that is in good taste, and promote online products that can represent the grand Chinese culture.” (Hu Jintao, zitiert nach Xinhua News Agency 2007)

„*The Internet* emerged as a special project of the U.S. CIA and develops as such. [...] *The U.S. was the* pioneer of the [Internet] field, and they are trying to hold on to their monopoly. But that is impossible in the modern world and we need to purposefully fight for our interests.” (Wladimir Putin, zitiert nach Brennan 2014; kursive Einfügungen durch den Autor)

„There is now a menace which is called Twitter. The best examples of lies can be found there. To me, social media is the worst menace to society.” (Recep Tayyip Erdogan, zitiert nach Letsch 2013)

Das Internet wird häufig als herrschaftsgefährdend für autokratische Herrscher angesehen, da es deren Bürger¹ neue Möglichkeiten zur politischen Informierung, Koordinierung und Mobilisierung böte und somit das staatliche Informationsmonopol erodiere (Castells 2012; Diamond 2010; Howard/Hussain 2011; Shirky 2011). Das „globale System aus miteinander verbundenen Computernetzwerken“ (Heuveline 2014), steht laut Diamonds vielzitatierter Interpretation

¹ Als Bürger werden im Folgenden sowohl die unter demokratischer als auch die unter autokratischer Herrschaft lebenden Menschen bezeichnet.

des Internets als „Befreiungstechnologie“ diametral zu den Zielen autoritärer² Herrscher. Demnach erschwere die Diversifizierung nationaler Mediensysteme durch Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) die staatliche Zensur und reduziere Koordinierungsdilemmata aufseiten der Bürger.

Bereits Huntington betonte die Bedeutung von IKT in Demokratisierungsprozessen, speziell in der „dritten Welle“ in den 1970er und 1980er-Jahren, als diese die länderübergreifenden „Schneeballeffekte“ von Demokratisierungswellen verstärkten (Huntington 1993: 100ff.). Das Internet kann eine Herausforderung für den politischen Status Quo darstellen, da sich „Machtressourcen unter den Bedingungen einer Netzwerkgesellschaft ändern“ (Korte 2012a: 26). Auch im Arabischen Frühling wurde Online-Netzwerken eine zentrale Rolle in der Mobilisierung und Organisation der Proteste zugeschrieben (Howard/Hussain 2011; Tufekci/Wilson 2012). Diese technikzentrierten Ansichtsweisen agieren unter der Prämisse, dass das dezentral organisierte und enthierarchisierte Internet ein „faires Spielfeld“ (im Sinne von Levitsky/Way 2010) für politische Aktivitäten darstellt oder zumindest pluralistischere Opportunitätsstrukturen bietet als die offline vorzufindenden Rahmenbedingungen für die politische Kommunikation. Dieser „Bottom-Up-Logik“ folgend werde das Web von den Bürgern proaktiv zur politischen Emanzipation genutzt, während nicht-demokratische Regierungen allenfalls die Getriebenen seien, die netzpolitisch reaktiv mit Zensur- und Repressionsmaßnahmen reagieren. In der Tat sind in Autokratien umfassende Beschränkungen der Internetnutzung anzufinden (Deibert/Rohozinski 2010c; Deibert et al. 2010); die sogenannte „Great Firewall of China“ ist die deutlichste Manifestation der staatlichen Informationskontrolle.

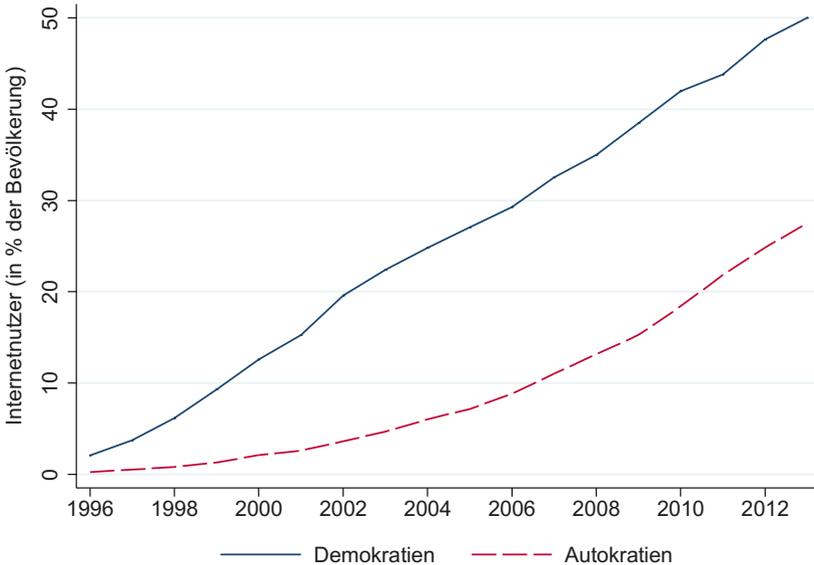
Optimistischen Annahmen hinsichtlich einer demokratisierenden Rolle des Internets steht eine wachsende Zahl an Studien gegenüber, die die regimestüt-

² Die Begriffe „Autokratie“, „Diktatur“ sowie „autoritäre Regime“ werden hier synonym verwendet und umfassen dabei auch totalitäre Herrschaftsformen, die häufig als separate Spielarten nicht-demokratischer Herrschaft klassifiziert werden, so beispielsweise von Linz (2009) und Merkel (2013). Die Bezeichnungen „Internet“, „Netz“ und „Web“ werden aus Gründen der besseren Lesbarkeit ebenfalls synonym verwendet.

zenden Effekte von IKT in autoritären Kontexten betonen (Kalathil/Boas 2003; MacKinnon 2011; Morozov 2011; Rød/Weidmann 2015; vgl. Kapitel 2.1). Einige empirische Phänomene widersprechen durchaus der These einer generellen autokratischen Internetfeindlichkeit. Der iranische Ajatollah Chamenei und auch Präsident Hassan Rohani sind regelmäßige Twitterer, obwohl die Nutzung des Kurznachrichtendienstes im Iran verboten ist. Der mit zunehmend autoritären Tendenzen herrschende türkische Präsident Erdogan hat in dem von ihm verdammt sozialen Netzwerk Twitter (vgl. einleitendes Zitat) über 8 Millionen Follower, die täglich seine Updates erhalten. Mit Bahrain und Singapur befinden sich zwei Autokratien unter den ersten zehn Rangplätzen des UN-Online Service Index, der die Performanz nationaler E-Government-Programme bewertet (Ver-einte Nationen 2014a). Vor allem aber steht der verkürzten Theorie der Befreiungstechnologie bereits die empirische Evidenz entgegen, dass autoritäre Regime³ ihren Bevölkerungen zunehmend Zugang zum Netz gewähren.

Abbildung 1.1 zeigt Daten zum Internetzugang in Autokratien und Demokratien. Insgesamt nutzten im Jahr 2013 ca. 40% der Weltbevölkerung das Medium regelmäßig. 50% der Bürger in Demokratien waren regelmäßige Internetnutzer, während dies auf 28% der Bürger in Autokratien zutraf. Bereits diese Beobachtung deutet darauf hin, dass autokratische Regime nicht auf die Internet-technologie verzichten wollen oder können. In ihrem Streben nach Stabilität und Persistenz sind in den rationalen Erwägungen von Autokraten nicht nur Repressionsapparate und Kooptationsmechanismen zentral, sondern auch die Politik-performanz (Croissant/Wurster 2013) und dadurch die Legitimierung des Regimes über eine Verbesserung der Lebensbedingungen und Konsummöglichkeiten der Bevölkerung.

³ Es ist zwischen den Kategorien Staat, Regime und Regierung zu unterscheiden (Merkel 2013: 211ff.). Der Staat ist territorial, völkerrechtlich und durch sein Staatsvolk definiert. Die untergeordnete Ebene des Regimes bezeichnet die institutionalisierte Strukturierung der Beziehung zwischen Herrschern und Beherrschten. Die Regierung schließlich lenkt die Politik nach „innen und nach außen“ (Merkel 2013: 212) und verfügt über die exekutive Regierungsgewalt, die sie durch Ministerien und Behörden ausübt. Diese breite Definition des Akteurs Regierung weicht von Merkels Schema ab, der die Verwaltung der Ebene des Staates zuordnet.

Abbildung 1.1: Internetzugang und Regimetyp (1996-2013)

Anmerkung: Daten von Magaloni/Chu/Min 2013; Weltbank 2014b.

Hierzu ist technologischer⁴ Fortschritt, und im 21. Jahrhundert speziell der Einsatz digitaler Technologien, unabdingbar. Die Boston Consulting Group prognostiziert, dass die Internetwirtschaft innerhalb der Gruppe der G20 einen Umsatz von vier Billionen US-Dollar im Jahr 2016 erzielen wird, eine Verdoppelung im Vergleich zum Jahr 2010 (MarketWired 2012). Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erzeugt nicht nur direkte Wachstumsstimuli durch das Entstehen neuer Technologiebranchen für Endgeräte, neue Konsummöglichkeiten oder den Online-Handel, sondern auch indirekte Effekte durch eine generelle Reduktion ökonomischer Transaktionskosten (Litan/Rivlin 2001). Unab-

⁴ Die Begriffe technologisch und technisch werden synonym verwendet.

hängig vom politischen Regimietyp gilt der Grundsatz: „Economic growth and development require being 'wired“ (Walker/Ortung 2014: 77).

Dem Zusammenhang zwischen Regimietyp und Internet liegt also eine erklärungsbedürftige Ambivalenz zu Grunde, die sich auch in einem fehlenden Konsens in der Forschung ausdrückt. Vor allem aufgrund der limitierten Verfügbarkeit von ländervergleichenden Daten in diesem emergenten Feld ist die systematische Beweislage im Gegensatz zur wachsenden Quantität an idiographischen Länder- oder Fallstudien, Medienberichten und anekdotischer Evidenz weiterhin spärlich (Greitens 2013: 263). Die wenigen Arbeiten zum Thema aus der Vergleichenden Politikwissenschaft konzentrierten sich fast ausschließlich auf die Variable Internetzugang (Corrales/Westhoff 2006; Groshek 2009, 2010; Milner 2006; Rød/Weidmann 2015), die am ehesten quantifizierbar ist. Während der Zugang zum Internet in der Tat eine Kerngröße ist, verschleiert die Variable jedoch die vielfältigen Mechanismen, die das Verhältnis zwischen Regimietyp und digitalen Technologien bedingen.

Das Hauptargument der vorliegenden Arbeit lautet: „Das Internet“ ist ein vielschichtiges Medium, das heterogenen politischen Interessen und Zwecken dienen kann. Die reine Verfügbarkeit des neuen Informationskanals führt nicht zu Makro-Outcomes wie Revolutionen oder erhöhter autokratischer Stabilität. Die Relevanz des Internets zeigt sich erst anhand der konkreten Nutzung online-basierter Instrumente durch politische Akteure, die wiederum vom Kontext des rahmengebenden politischen Systems bestimmt wird. Die Erfassung dieser politischen Outputs ist der zentrale Fokus dieser Arbeit und ein notwendiger Schritt, um Folgewirkungen des Internets, insbesondere in autokratischen Regimen, verstehen zu können.

1.1. Fokus und Fragestellung

Für eine empirische Untersuchung des Verhältnisses zwischen Regimietyp und Internet muss das Explanandum daher disaggregiert betrachtet werden. Die vorliegende Arbeit adressiert dieses Forschungsdesiderat sowohl in konzeptioneller als auch in empirischer Hinsicht.

Tabelle 1.1: Dimensionen von Politik und Internet

	Internet- zugang	Internet- freiheit	E-Government	E-Campaigning	E-Activism
Akteurstyp	Regierung	Regierung	Regierung	Parteien	Zivilgesell- schaft
Charakter	Netzp politik (Politik fürs Netz)		Politische Online-Kommunikation (Politik im Netz)		

Anmerkung: Eigene Darstellung.

Konzeptionell wird der Themenbereich „Internet und Politik“ in einem mehrdimensionalen Forschungsdesign erfasst (vgl. Tabelle 1.1). Neben dem Internetzugang (vgl. Corrales/Westhoff 2006; Groshek 2009, 2010; Milner 2006; Rød/Weidmann 2015) ist eine weitere Variable von Relevanz: die Regulierung von Informationsflüssen im Netz. Nur unter Berücksichtigung von Internetzugang und Internetfreiheit kann die *netzpolitische Variation* zwischen demokratischen und autokratischen Regimen erklärt werden. Während die „Politik fürs Netz“ (Schünemann 2012) ein vielschichtiger Prozess unter Beteiligung internationaler Akteure sowie nationaler Stakeholder aus Ökonomie und Gesellschaft ist, unterliegt sie doch territorial und politisch der staatlichen Hoheit (Goldsmith/Wu 2006; Milner 2006). Angesichts dessen, dass Regulierung in diesem Feld weiterhin eine „last mile decision“ ist, wird die Netzpolitik dem Akteur Regierung zugeordnet.

Innerhalb des durch die Netzpolitik konstituierten Kommunikationsraumes nutzen unterschiedliche politische Akteure das Internet in der *politischen Kommunikation* („Politik im Netz“; Schünemann 2012). Dennoch wurde die Vielfältigkeit der Nutzung in der Forschung noch nicht ausreichend berücksichtigt. Nicht erst mit dem Aufkommen der digitalen Medien, aber seither in verstärkter Form, besteht eine Lücke an der Schnittstelle zwischen Vergleichender Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft. Norris konstatiert der Disziplin in ihrer kritischen Bestandsaufnahme der Erkenntnisse der vorangegangenen Jahrzehnte eine „Babelian Confusion“, die sich sowohl in einem „generellen

konzeptionellen Nebel“ (Norris 2009: 323; Übersetzung des Autors) als auch im Fehlen von international vergleichenden Datensätzen und somit in einer empirischen Beschränkung auf Einzelfällen äußert (Norris 2009). Um eine empirische Untersuchung der politischen Online-Kommunikation zu ermöglichen, liegen dieser Arbeit expertenbasierte Kodierungen von Website-Inhalten zu Grunde, die für sämtliche Staaten erhoben werden können. Dieses Vorgehen ermöglicht eine approximative „Vermessung“ der politischen Dimensionen des Internets und lässt Rückschlüsse auf Strategien der Produzenten politischer Internetangebote zu.⁵

Dementsprechend wird die politische Online-Kommunikation durch eine Vielzahl von heterogenen Gruppierungen erfasst. Diese Gruppierungen werden drei politischen Akteursgruppen zugeordnet, denen in der Internetforschung die größte Relevanz zugeschrieben wurde (Chadwick 2006; Howard 2010; Norris 2001): Die Regierung setzt Online-Instrumente ein um den Bürgern digitale Dienstleistungen und direkte Kommunikationsangebote anzubieten (E-Government). Von politischen Parteien (E-Campaigning) und der Zivilgesellschaft (E-Activism) wird das Web politisch zur Informierung, Organisation und Mobilisierung für ihre politischen Ziele eingesetzt. Unabhängig von Ideologie und konkreten politischen Zielen ist das Internet ein wichtiger strategischer Faktor für jede dieser Akteursgruppen:

„Much of politics, from the highly democratic to the rigidly authoritarian, is fundamentally communicative and informational in nature, and the internet is central to changes in the environment of communication and information that are of historic proportions.“ (Bimber/Stohl/Flanagin 2008: 72)

⁵ In ihrer Anlage ist die Arbeit eine Kombination aus Kommunikator- und Angebotsstudie (Schweitzer/Albrecht 2011). Vor allem aufgrund des Mangels an Umfragedaten können Rezeptions- und Wirkungsstudien, der dritte Typus in der Klassifikation von Schweitzer/Albrecht (2011), noch nicht in einem breit angelegten Ländervergleich umgesetzt werden.

Zur Erklärung der Variation in den fünf abhängigen Variablen (vgl. Tabelle 1.1) knüpft die Arbeit an Theorien der Vergleichenden Politikwissenschaft an.⁶ Weltweit sind divergierende staatliche Ordnungsansprüche bzgl. der Regulierung des Internets zu beobachten und auch in der politischen Kommunikation besteht eine Vielzahl an konkurrierenden Interessen:

„The Internet is a political combat zone where competing groups, individuals, and governments advance ideas and contest information.” (Khazaei/Stockemer 2013: 465)

Vor allem der Regimetytpe bestimmt die politischen Nutzenkalkulationen von Individuen und Gruppierungen. Autokratien und Demokratien unterscheiden sich in Herrschaftsausübung, Herrschaftszugang und Elitenselektion (Brooker 2009; Geddes 1999; Kailitz 2013; Linz 2009; Magaloni/Chu/Min 2013), den zentralen Konfigurationen eines Regimes. Das resultierende Institutionenarrangement ist die bestimmende Determinante der politischen, sozialen und ökonomischen Konstitution eines Gemeinwesens. Dies deutet auf tiefgreifende Spuren des Regimetyptpe in der Netzpolitik hin. Darüber hinaus variiert die oben beschriebene „Contestation“ in der politischen Online-Kommunikation erheblich zwischen Staaten. Aufgrund unterschiedlicher Machtressourcen, gerade in Autokratien, können nicht sämtliche politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen das Potential des Webs in der politischen Kommunikation ausschöpfen. Daraus lässt sich die erste Fragestellung ableiten:

1. Inwiefern unterscheiden sich Autokratien und Demokratien in der Netzpolitik und der politischen Online-Kommunikation?

In der Vergleichenden Politikwissenschaft werden Profilunterschiede zwischen Staaten zunehmend mit institutionellen Variationen autoritärer Herrschaft in Zusammenhang gesetzt (Croissant/Wurster 2013). Auch die Netzpolitik und die politische Online-Kommunikation unterliegen in einer Monarchie beispielsweise

⁶ Vgl. Kapitel 2.2 zur theoretischen Herleitung und Erläuterung der fünf Dimensionen.

anderen Voraussetzungen als dies in einem Mehrparteienregime der Fall ist. Deshalb liegt ein weiterer Fokus auf der Frage:

2. Inwiefern können empirische Unterschiede in der Netzpolitik und der politischen Online-Kommunikation durch autokratische Regimesubtypen erklärt werden?

Neben dem Regimetyyp werden die Netzpolitik und die politische Online-Kommunikation von weiteren strukturellen und politischen Erklärungsfaktoren bedingt, wie beispielsweise dem ökonomischen Entwicklungsstand und dem Bildungsniveau eines Landes oder der Ausgestaltung formal-demokratischer Institutionen. In dieser Hinsicht liefert die Arbeit einen explorativen Mehrwert, da mit Ausnahme des Internetzugangs kaum variablenorientierte Forschung im Feld betrieben wurde. Um robuste Variablenzusammenhänge zu identifizieren und die fünf Zieldimensionen möglichst umfassend zu erklären, gehen breitere Erklärungsmodelle der Frage nach:

3. Durch welche weiteren strukturellen und politischen Erklärungsfaktoren lassen sich die Ausprägungen der fünf Dimensionen von Politik und Internet erklären?

Anhand der mehrdimensionalen Konzeptualisierung kann auch der häufig vernachlässigte Zusammenhang zwischen Netzpolitik und politischer Online-Kommunikation untersucht werden. Mit dem bewährten Vokabular der Politikwissenschaft lässt sich das Internet wie folgt charakterisieren: Durch die Konstitution eines digitalen Raumes und dessen Regulierung anhand von Internet-*Policies* werden die Opportunitätsstrukturen für *Politics*-Prozesse im Internet bestimmt. Hierbei ist der Internetzugang eine Schlüsselvariable, da der potentielle Nutzen der Online-Auftritte politischer Akteure von der Konnektivität eines signifikanten Teils der Bevölkerung abhängt. Darüber hinaus beeinflusst jedoch auch die Internetfreiheit die Online-Aktivität von politischen Akteuren. Je freier Informationsflüsse von staatlichen Eingriffen und Überwachung sind, desto attraktiver wird das Medium Internet in der politischen Kommunikation. Unfreie

Kommunikationsräume hemmen demgegenüber Anbieter und Nutzer politischer Formate und erzeugen in ihrer extremsten Form ein Klima der Selbstzensur. Der politische Wettbewerb in der politischen Online-Kommunikation ist demzufolge von der infrastrukturellen sowie der regulatorischen Ausgestaltung der Netzpolitik abhängig.

4. Wie wirkt sich die Netzpolitik auf die politische Online-Kommunikation aus?

1.2. Aufbau der Arbeit

Teil I erörtert die konzeptionellen, theoretischen und methodischen Grundlagen zur Untersuchung der Fragestellungen. Hierzu werden in Kapitel 2.1 zunächst die wichtigsten internettechnologischen Weichenstellungen und politik-kommunikativen Entwicklungen aus dem Blickwinkel der Forschungsdebatte erläutert. Kapitel 2.2 präsentiert die empirisch orientierte Konzeptualisierung der Arbeit und führt die zu erwartenden kausalen Mechanismen in einem zentralen Untersuchungsmodell zusammen. In Kapitel 2.3 werden relevante Theorien der Vergleichenden Politikwissenschaft aufgegriffen, namentlich politökonomische Ansätze, die Schule zur „autoritären Deliberation“ und die institutionalistische Autokratieforschung. Darauf aufbauend generiert Kapitel 2.4 schließlich Forschungshypothesen zum Zusammenhang zwischen Regimetyp und Internet. Kapitel 3 erläutert das Forschungsdesign, die Datengrundlage und die Methoden der Arbeit.

Es folgt der empirische Hauptteil, in dem jede der fünf Untersuchungsdimensionen als abhängige Variable in einem eigenständigen Kapitel analysiert wird. Teil II zur Netzpolitik bündelt die Untersuchungsgegenstände Internetzugang und Internetfreiheit. Teil III analysiert die politische Online-Kommunikation in den Dimensionen E-Government, E-Campaigning und E-Activism. Die Binnenstruktur der jeweiligen Kapitel ist einheitlich gestaltet. Einleitend erfolgt eine Beschreibung des Forschungsstandes unter Berücksichtigung der jeweiligen Spezifika und den damit zusammenhängenden Drittvariab-

len. Daran anknüpfend werden bereichsspezifische theoretische Erwartungen formuliert. Im Abschnitt Daten werden die abhängigen Variablen beschrieben und die Operationalisierung der zusätzlich zu prüfenden unabhängigen Variablen erläutert. In den folgenden empirischen Analysen steht zunächst der Einfluss des Regimetyps auf die jeweilige abhängige Variable im Zentrum des Erkenntnisinteresses. Darauf folgen breitere Erklärungsmodelle, in denen die Variation in der abhängigen Variablen unter Einschluss weiterer Faktoren möglichst umfassend erklärt werden soll. Ein Zwischenfazit fasst die Erkenntnisse der Kapitel zusammen.

Im finalen Forschungsschritt in Teil IV werden die Teilergebnisse zusammengeführt. Auf Basis der empirischen Analysen wird dargelegt, inwiefern der Regimetypp von Relevanz ist, welche weiteren Erklärungsfaktoren sich wirkmächtig zeigen und in welcher Hinsicht die Ergebnisse den Forschungsstand in verschiedenen Teildisziplinen erweitern. Zudem werden die Limitationen der Studie und Möglichkeiten für die Anschlussforschung erörtert. Die Arbeit schließt mit einem tentativen Ausblick, welche Implikationen auf Basis der geleisteten Untersuchung für die autokratische Herrschaft im Internetzeitalter zu erwarten sind.

2. Theorie

Technologische Innovationen stellen für die Politik exogene Herausforderungen dar, sie können zugleich aber im Sinne politischer Ziele endogenisiert werden. Ein politisches System muss eine hohe Elastizität und politisches Anpassungsvermögen demonstrieren, um Innovations- und Modernisierungsprozesse bewältigen zu können (Schmidt 2010b: 209, 519). Während in politikwissenschaftlichen Modernisierungstheorien der sozioökonomische und technische Fortschritt als wichtige Wegmarke in der Entwicklungssequenz zur Demokratie betrachtet wurde (Lipset 1959; vgl. Diamond 1992; Lerner 1958; Rostow 1960), verdeutlichen die Beispiele persistenter Autokratien wie China und Singapur, dass die digitale Modernisierung der ökonomischen Entwicklung zuträglich ist, aber nicht automatisch zu einer demokratischen Transformation führt.

Vor diesem Hintergrund präsentiert Kapitel 2 den theoretischen Rahmen der Untersuchung. Zunächst wird im folgenden Abschnitt der Forschungsstand mit den wichtigsten akademischen Strömungen zum Themenkomplex Politik und Internet diskutiert. Der zyklische Verlauf der wissenschaftlichen Debatte muss im Lichte des fortschreitenden technologischen Wandels durch die Entwicklung innovativer IKT und neuer Anwendungsformen interpretiert werden. Kapitel 2.2 präsentiert die mehrdimensionale Konzeptualisierung der Arbeit und ein Kausalmodell, das den Zusammenhang zwischen Regimetyp, Netzpolitik und politischer Online-Kommunikation abbildet. In Kapitel 2.3 wird, basierend auf relevanten Ansätzen der Autokratieforschung, der theoretische Unterbau diskutiert. Schließlich generiert Kapitel 2.4 empirisch zu überprüfende Hypothesen zum Zusammenhang zwischen Politik und Internet.

2.1. Forschungsstand

Seit Sir Tim Berners-Lee 1989 das World Wide Web erfand, entwickelte sich das zunächst militärisch und akademisch genutzte Elitenprojekt Internet zu einer

weltumspannenden Infrastruktur, die zunehmend alle Lebensbereiche verändert hat. Das Web stimuliert die ökonomische Entwicklung, indem es neue Geschäftsmöglichkeiten erschließt und die Transaktionskosten einer Vielzahl an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Austauschprozessen verringert. Ebenso bringt das Internet Implikationen in Bezug auf die Funktionslogik politischer Systeme mit sich.

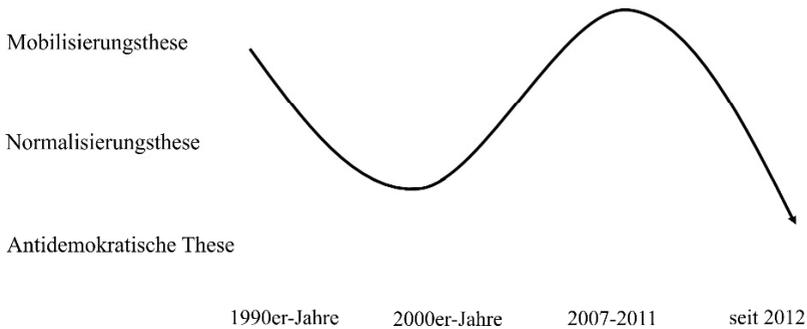
Bereits früh wurden demokratietheoretische Erwartungen in das neue Medium gesetzt (Rheingold 1993; vgl. die Diskussion in Kneuer 2013b; Stier 2012: 14ff.), das sich von vorherigen Kommunikationstechnologien durch seine innovativen Charakteristika abhebt. Im Gegensatz zur massenmedialen One-to-Many-Sendestruktur von Print- und Rundfunkmedien bietet das Internet Formate der Many-to-Many-Kommunikation, die sich durch Responsivität, Interaktivität, Echtzeitkommunikation und Multidirektionalität mit einer potentiell großen Zahl an Teilnehmern auszeichnen (Diamond 2010: 70f.; Fung/Russon Gilman/Shkabatur 2013: 31, 33; Stier 2012: 17ff., 39ff.). Die Informationsflüsse verlaufen horizontaler als bei analogen Medien, wodurch traditionelle Kommunikationshierarchien geschwächt werden.

Die politischen Implikationen des Internets wurden überwiegend auf Basis kommunikationswissenschaftlicher Theorien untersucht. Diese stellen die Interaktion des Individuums mit kommunikationstechnologischen Innovationen in das Zentrum ihrer Analysen. Die Kommunikationswissenschaft neigt allerdings dazu, die Wirkung politischer Institutionen zu unterschätzen. Die Politikwissenschaft dagegen betont die Wirkung von Institutionenarrangements und Machtinteressen innerhalb komplexer politischer Systeme (Fung/Russon Gilman/Shkabatur 2013: 31). Anhand dieses disziplinären Dualismus lässt sich auch die Forschungsdebatte nachzeichnen, die sich vor allem entlang der Mobilisierungsthese und der Normalisierungsthese orientiert (kritisch: Wright 2012). Determiniert die Technologie politischen Wandel? Oder werden der Einsatz des Webs und dessen Folgewirkungen vor allem durch bestehende politische Institutionen, Organisationen und Akteure moderiert?

Die teils technikdeterministisch argumentierenden Anhänger der Mobilisierungsthese betonen das Potential des Internets zur politischen Vernetzung und Mobilisierung der Bevölkerung. Das Web werde die bestehende politische Ordnung entweder einschneidend reformieren oder ablösen. Der interaktive, Machtstrukturen egalisierende, ja sogar demokratisierende Charakter des Mediums müsse unweigerlich zu revolutionären Veränderungen führen. Dagegen prognostizieren Anhänger der Normalisierungsthese, dass überwiegend die traditionellen, institutionell und finanziell starken Akteure die politische Online-Landschaft dominieren werden. Sie argumentieren insofern sozialdeterministisch, als die Wirkung von technischen Innovationen im Lichte pfadabhängiger, persistenter gesellschaftlicher Strukturen betrachtet wird. Laut Normalisierungsthese bilden die Machtverhältnisse im Netz vor allem die Offline-Welt ab, ja verstärken diese geradezu. Eine dritte Strömung wird im Folgenden unter dem Titel „antidemokratische Hypothese“ subsumiert, die aus demokratietheoretischer Sicht sogar negative Folgewirkungen des Internets sieht. Aus dieser Richtung kommen Warnungen hinsichtlich einer Fragmentierung der politischen Öffentlichkeit und negativer bürgerrechtlicher Implikationen durch die Exponierung der persönlichen Kommunikation und personenbezogener Daten online.

Abbildung 2.1 skizziert die zyklischen Entwicklungen der wissenschaftlich, aber auch im medialen und öffentlichen Raum geführten Debatte zum Thema Politik und Internet. Die folgende chronologisch strukturierte Diskussion verdeutlicht, dass diese nur im Lichte der jeweiligen empirischen Begebenheiten zu verstehen sind.

In den 1990er-Jahren bezogen sich erste Prognosen zum politischen Potential des Webs häufig auf Barbers „Strong Democracy“ (Barber 1984), die durch elektronische Kommunikation verwirklicht und dadurch die repräsentative Demokratie reformiert werden solle. US-Vizepräsident Al Gore rief 1994 ein neues „athenisches Zeitalter der Demokratie“ und der Bürgerbeteiligung aus (Gore 1994). Der Many-to-Many-Kommunikation im Web wurde das Potential zugesprochen, eine rationale politische Öffentlichkeit zu konstituieren und somit eine Deliberation von Politikentscheidungen im Habermas'schen Sinne zu ermögli-

Abbildung 2.1: Zyklen in der Debatte „Politik und Internet“

Anmerkungen: Eigene Darstellung. X-Achse ist uneinheitlich skaliert.

chen (z.B. von Rheingold 1993). Ähnlich argumentiert Castells bezüglich der politischen Folgewirkungen seines Konzepts der „Netzwerkgesellschaft“ (Castells 1996). Die „individualisierte Massenkommunikation“ im digitalen Zeitalter bewirke einen „historical shift of the public sphere from the institutional realm to the new communication space“ (Castells 2007: 238). Revolutionär könne die Rolle des Webs als funktionelles Äquivalent speziell dort sein, wo es keine gesicherten Bürgerrechte und keine freie Presse gibt (Bimber 2003; vgl. Fung/Russon Gilman/Shkabatur 2013: 34).

Die euphorische Erwartungshaltung der Mobilisierungsthese wurde allerdings rasch anhand der Erfahrungswerte aus der politischen Realität marginalisiert. In den 2000er-Jahren zeigten empirische Studien aus der hochentwickelten westlichen Welt, dass online vor allem die politischen und sozialen Strukturen der Offline-Realität repliziert werden, weshalb auch Varianten einer „Verstärkungsthese“ diskutiert wurden. Dies liegt zum einen an der digitalen Spaltung in Bezug auf den Internetzugang, die sich entlang sozioökonomischer, demographischer, bildungsbezogener und geographischer Trennlinien manifestiert (Mossberger/Tolbert/Stansbury 2003; Norris 2001). Zum anderen zeigten sich auf der Ebene des Individuums große Diskrepanzen bezüglich der Mediennutzungskom-

petenz (Hargittai/Hinnant 2008; Mossberger/Tolbert/Stansbury 2003). Erste empirische Befunde dämpften dementsprechend überzogene Erwartungen an eine Egalisierung politischer Kommunikation, indem sie Defizite auf der Nachfrageseite politischer Internetnutzung nachwiesen (Norris 2001; Scheufele/Nisbet 2002).

Eine demokratische Revitalisierung oder gar eine politische Revolution sind auch deshalb ausgeblieben, weil sich die Logiken der politischen Angebotsseite, die dominiert wird von etablierten medialen und politischen Akteuren, auch im Internet beständig zeigten. Der in der Internetökonomie identifizierte positive Effekt des „Long Tail“ des Internets (Anderson 2006)⁷ war in der politischen Sphäre nicht zu erkennen (Hindman 2009: 99ff.). Während große Medienkonzerne von Skaleneffekten bei der Distribution ihrer professionell produzierten Inhalte profitierten (vgl. Gentzkow/Shapiro 2011), konnten Nischenangebote aufgrund ihrer Ressourcenschwäche nicht den inhaltlichen Mehrwert erzielen, um sich im Long Tail zu profilieren: „It may be easy to speak in cyberspace, but it remains difficult to be heard“ (Hindman 2009: 142). In dieser Phase überwog die Ansicht, dass anstelle einer technologisch induzierten Revolution „politics as usual“ (Margolis/Resnick 2000) im Netz zu beobachten sei, dominiert durch die altbekannten organisations- und reichweitenstarken Akteure.

Einen Schritt weiter gingen Vertreter der antidemokratischen These, die nicht nur in dessen politischer Anwendung, sondern auch in der inhärenten Funktionslogik des Mediums eine Gefährdung des demokratischen Gemeinwesens sehen. Laut Putnam (1995) befriedigen digitale Technologien individuelle Konsumbedürfnisse, verdrängen dadurch aber klassische – zivilgesellschaftlich wertvollere – Partizipationsaktivitäten. Putnam stellt die neuen digitalen Technologien explizit in eine Reihe mit dem Fernsehen, dessen Emergenz er als eine der

7

Der „lange Schwanz des Internets“ beschreibt die ungleiche Verteilung der Seitenzugriffe im Internet, interpretiert diese aber positiv als Marktchance. Eine kleine Zahl an Mainstreamangeboten hat viele Seitenaufrufe, kann aber nur eine beschränkte Angebotspalette bedienen. Ein mindestens ebenso großer Teil des Online-Geschäftes laufe über kleinere Nischenangebote, die spezifische Wünsche bedienen können (Anderson 2006).